


4188/AB

vom 23.03.2026 zu 4643/J (XXVIII. GP)

 Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

bmeia.gv.at

Mag.^a Beate Meinl-Reisinger, MES
Bundesministerin
Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Wien, am 23. März 2026

GZ. BMEIA-2026-0.093.416

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Norbert Nemeth, Kolleginnen und Kollegen haben am 23. Jänner 2026 unter der Zl. 4643/J-NR/2026 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Sinnhaftigkeit der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2 sowie 4 und 6:

- *In welchen internationalen Organisationen ist Österreich Mitglied?
Wann ist Österreich der jeweiligen Organisation beigetreten?*
- *Was kostet die jeweilige Mitgliedschaft pro Jahr?
Wie hat sich das Ausmaß der Zahlungen seit dem Beginn des Eintritts in diese Organisationen verändert?*
- *Ist Österreich jemals aus eigener Initiative wieder aus einer internationalen Organisation ausgetreten?
Wenn ja, aus welcher und aus welchem Grund?*
- *In welchen internationalen Organisationen wird Österreich durch Vertreter der Europäischen Union repräsentiert?*

Ich verweise auf die Beilage „Beiträge an internationale Organisationen“ der jährlichen Berichte zu den Bundesfinanzen gemäß § 42 Abs. 4 Bundeshaushaltsgesetz 2013 (idGF), die

auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) öffentlich abrufbar sind. Darin werden Beitragszahlungen detailliert ausgewiesen.

Darüber hinaus fallen folgende Mitgliedschaften Österreichs in Internationalen Organisationen in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA):

- International Development Law Organization (IDLO): Österreich ist seit 1994 Mitglied. Die Finanzierung erfolgt u.a. durch freiwillige Beiträge und sieht keine Pflichtbeiträge vor. In den letzten Jahren hat Österreich keine finanziellen Beiträge geleistet.
- Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW): Österreich ist seit 1997 Mitglied. In den Jahren 2025 und 2026 beläuft sich der österreichische Pflichtbeitrag auf 506.012,00 Euro pro Jahr; 2024 lag er bei 512.333,- Euro. 1997 betrug der Mitgliedsbeitrag rund 5,2 Mio. Schilling. Die Pflichtbeiträge der Mitgliedstaaten werden durch einen für die OPCW angepassten Beitragsschlüssel der Vereinten Nationen („scale of assessment“) festgelegt.
- Regional Cooperation Council (RCC): Österreich hat diese Organisation 2008 mitgegründet. Der RCC fördert die regionale Zusammenarbeit und Integration in Südosteuropa, insbesondere im Hinblick auf politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Im Jahr 2026 beläuft sich der Mitgliedsbeitrag Österreichs auf 50.000,- Euro. Der Mitgliedsbeitrag ist ein freiwilliger Beitrag, der 2011 von 150.000,- Euro auf 75.000,- Euro und 2012 auf 50.000,- Euro pro Jahr reduziert wurde. Die Reduktion erfolgte aufgrund der abgeschlossenen Ausstattung im Rahmen der Etablierung der Organisation.
- Zentraleuropäische Initiative (CEI): Österreich ist 2018, mit Begründung der Bündelung von Aktivitäten sowie personeller und finanzieller Kapazitäten, ausgetreten.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind in internationalen Organisationen je nach relevanter EU-internen Kompetenzverteilung und gemäß den Regelungen der jeweiligen internationalen Organisation vertreten.

Zu den Fragen 3 und 5:

- *Was ist der jeweilige konkrete Zweck und Nutzen für Österreich, in diesen internationalen Organisationen Mitglied zu sein?*
- *Werden Kosten und Nutzen der jeweiligen Mitgliedschaft regelmäßig evaluiert?
Wenn ja, in welchen Abständen und mit welchem Ergebnis?
Wenn ja, welche Stelle in Ihrem Resort entscheidet, ob eine Mitgliedschaft weitergeführt wird und anhand welcher Kriterien?
Wenn nein, warum wird dies nicht getan?*

Internationale Organisationen tragen zum Erhalt von Frieden, Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung bei. Sie bieten Staaten, die Möglichkeit, gemeinsam an globalen

Herausforderungen zu arbeiten, die von einem einzelnen Staat nicht gelöst werden können. Abrüstung und die Verhinderung der Verbreitung von nuklearen Waffen, der Kampf gegen Menschenhandel, die internationale Drogen- und Verbrechensbekämpfung, Maßnahmen gegen den Klimawandel oder der Einsatz für Menschenrechte weltweit sind nur einige Beispiele. Globale Herausforderungen wie diese können nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden.

Darüber hinaus ist Österreich seit vielen Jahrzehnten der Sitzstaat von bedeutenden internationalen Organisationen und eines der Hauptquartiere der Vereinten Nationen. Die Präsenz von über 50 internationalen Organisationen und Einrichtungen ist ein lebendiges Zeichen für die Bedeutung Österreichs und Wiens für den Dialog und die multilaterale Diplomatie. Daraus ergeben sich für Österreich nicht nur außen- und sicherheitspolitische, sondern auch wirtschaftliche und budgetäre Vorteile. Eine Studie des Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) zeigt, dass Internationale Organisationen in Österreich einen jährlichen Wertschöpfungseffekt von 1,7 Mrd. Euro und öffentliche Einnahmen in Höhe von 750 Mio. Euro pro Jahr generieren und rund 20.000 Arbeitsplätze sichern. Zudem haben sich rund um die Internationalen Organisationen viele diplomatische Vertretungsbehörden anderer Länder, aber auch internationale Nichtregierungsorganisationen, Think Tanks, internationale Schulen, akademische Institutionen und Journalistinnen und Journalisten angesiedelt, die Österreich Sichtbarkeit und Bedeutung geben.

Das BMEIA evaluiert dabei laufend, wie Ressourcen im Sinne der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit bestmöglich eingesetzt werden können. Daher bringt sich Österreich auch aktiv in Beratungen und Verhandlungen von Budgetfragen von Internationalen Organisationen ein. Im Rahmen der sogenannten Reforminitiative der Vereinten Nationen (UN80) erfolgt derzeit eine Evaluierung der Mandate und Mittelverwendung der Vereinten Nationen, bei der wir uns für eine effektive und effiziente Verwendung von finanziellen Mitteln einsetzen.

Mag.^a Beate Meinl-Reisinger, MES

